

KURZ UND PRÄGNANT

Mehr Sozialrichter

An den Sozialgerichten sind zusätzliche Richterstellen notwendig. Darauf hat in der Diskussion zum Haushaltsplanentwurf der Justizpolitiker der Linksfraktion, Ralf Hauboldt, aufmerksam gemacht. „Allerdings darf man nicht ein Loch stopfen, um zwei neue aufzumachen“, so der Landtagsabgeordnete mit Verweis auf den Weggang von Arbeitsrichtern aus der Arbeitsgerichtsbarkeit und befürchteten Klagewellen, bedingt durch die Krise auf dem Arbeitsmarkt. Genauso müsse im Vollzug der Richterumsetzungen auch zusätzliches Geschäftspersonal eingestellt werden, was noch gänzlich im Haushaltsentwurf fehlt. „Dass die Justiz nun erneut den politischen Unsinn der Hartz-IV-Gesetzgebung ausbaden muss, ist makaber“, sagte der Linksfraktionär. ■

Salzabwasser vermeiden

Die im Umweltausschuss des Thüringer Landtages verabschiedeten Empfehlungen zur Entsorgungsstrategie von K+S hat MdL Katja Wolf begrüßt – insbesondere, dass dabei der Vermeidung von Abfällen und Abwässern und deren stofflicher Verwertung oberste Priorität eingeräumt wurde. Die Umweltpolitikerin der LINKEN betonte die vom Ausschuss vorgenommene Ablehnung der von K+S avisierten neuen integrierten Salzlaststeuerung. „Davon gehen massive Gefährdungen des Grundwassers und der Trinkwasserversorgung in der Kaliberregion aus.“ Die Abgeordnete hofft, dass bei konsequenter Umsetzung der beschlossenen Prioritätensetzung die Pipeline zur Nordsee überflüssig wird und kündigte an, dass die Linksfraktion ein unabhängiges Gutachten erarbeiten lasse. ■

Residenzpflicht abschaffen

Nachdem das Verwaltungsgericht Halle die Erhebung von Gebühren für so genannte „Urlaubsscheine“ für Flüchtlinge als rechtswidrig erklärte, verweist MdL Sabine Berninger darauf, dass auch in Thüringen Landkreise teilweise von Flüchtlingen Gebühren abverlangen, wenn diese den Kreis für kurze Zeit verlassen möchten und hierfür eine behördliche Bewilligung benötigen. „Die Landesregierung muss sich jetzt dafür einsetzen, schnellstmöglich diese Praxis in Thüringen zu beenden und dafür Sorge tragen, dass man Flüchtlingen die erhobenen Gebühren erstattet. Die Residenzpflicht, die Menschen zu Straftätern macht, wenn sie ohne Erlaubnis einen Landkreis verlassen, muss endlich abgeschafft werden. Damit würde nicht nur die Praxis der Gebührenerhebung beendet werden, sondern das Grundrecht auf Freizügigkeit uneingeschränkt auch für Flüchtlinge gelten.“ ■

Verkauf von Schlaglöchern — „Ablenkung vom Hauptkonflikt“

NACHGEFRAGT bei: Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion

Der CDU-Bürgermeister von Niederrimmern bei Weimar verkauft für 50 Euro Schlaglöcher und in den Medien wird das euphorisch bejubelt. Zu meckern hat nur Frank Kuschel von der LINKEN, meldete dann die BILD-Zeitung. Sind Sie ein Spielverderber?



Nein, als einen PR-Gag halte ich das schon für geeignet. Aber man muss wissen, dass der ehrenamtliche Bürgermeister von Niederrimmern, Christoph Schmidt-Rose, beruflich das Haus-

haltsreferat im Thüringer Innenministerium leitet. Damit bekommt die Angelegenheit eine ganz andere Dimension. Wenn einer der Hauptverantwortlichen für die finanzielle Situation der Kommunen solche Spielchen betreibt, dann ist das klar abzulehnen.

Auch der Thüringer Innenminister Huber hat ein Schlagloch gekauft.

Das setzt dem Ganzen doch noch die Krone auf. Beide Herren haben sich um die Kommunal Finanzen zu kümmern, anstatt einen Schlaglochverkauf zu veranstalten.

Was unternimmt die LINKE?

Im Rahmen der Haushaltsdiskussion haben wir als Landtagsfraktion zwei Schwerpunkte gesetzt. Wir wollen erreichen, dass die Kürzungen der so genannten Schlüsselzuweisungen an die Kommunen in Höhe von 92 Millionen Euro rückgängig gemacht werden. Sonst würde die bessere Finanzausstattung der Kindertagesstätten – für die wir vorbehaltlos sind, das möchte ich betonen – allein von den Kommunen getragen werden. Außerdem fordern wir die Wiedereinführung der

Investitionspauschale in Höhe von 20 Euro pro Einwohner. Damit hätten die Kommunen Mittel, ihr Straßennetz zu erhalten.

Hilft die Aktion des CDU-Bürgermeisters Niederrimmern?

Nein, im Gegenteil. Und ich hoffe, dass die Menschen das auch durchschauen. Ich werde jedenfalls kein Schlagloch sponsern, meine Spenden gehen an soziale Projekte.

Warum haben andere Medien nicht über die Hintergründe berichtet?

Da kann ich nur spekulieren. Aber eigentlich hätten sie das recherchieren können und sogar müssen. Vielleicht klingt die Geschichte einfach schöner, wenn man weglässt, dass der Akteur ein hochrangiger Beamter aus dem Apparat des Innenministeriums ist. Da ich bei solchen Dingen aber nicht gern an Zufälle glaube, halte ich es für wahrscheinlich, dass mit derartigen Possen gezielt vom Hauptkonflikt abgelenkt werden soll: dass das Land den Kommunen Geld vorenthält.

(Das Gespräch führte Stefan Wogawa)

Mahnwache gegen Hinhaltetaktik in Sachen Blindengelderhöhung

Die Linksfraktion hat die am Landtag in Erfurt fortgeführte Mahnwache des Thüringer Blinden- und Sehbehindertenverbandes unterstützt: „Es zählen keine Versprechungen, es zählt das, was im Gesetz festgeschrieben wird“, sagte die behindertenpolitische Sprecherin, Karola Stange (im Foto mit dem Entwurf des Landeshaushalts in der Hand), und forderte, dass das in Thüringern gezahlte, bundesweit niedrigste Blindengeld auch tatsächlich erhöht wird. Es sei verständlich, wenn bei den Betroffenen der Eindruck einer Hinhaltetaktik der Landesregierung entsteht. Indiz dafür sei der vorgelegte Entwurf des Sozialhaushaltes, „in dem kein Euro zusätzlich für eine Blindengelderhöhung veranschlagt ist. Im Gegenteil: Rund 370.000 Euro weniger stehen im Titel Landesblindengeld. Offenbar darf man Minister-Versprechen nur bedingt trauen“, so die Abgeordnete.

Umsetzung der UN-Konvention

Der Landtag hatte sich auf Antrag der LINKEN mit der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen, die wirksam und zeitnah in Thüringen umgesetzt werden soll beschäftigt. Karola Stange hielt dazu eine engagierte Rede, die auf den Internetseiten der Linksfraktion (www.die-linke-thl.de/parlament/re-den/rede2010) nachzulesen ist.

Sie hatte u.a. auf die Forderung der LINKEN verwiesen, „dass die Landesregierung bis zum Mai 2011 uns einen schriftlichen Bericht über die Situation von Menschen mit Behinderungen vorlegen soll“. Und wörtlich weiter: „Sie hatten ja Mühe zu erklären, was alles nicht geht. Da war Ihnen die Zeitschiene zu knapp, da muss ein Institut beauftragt werden, da war die Frage des Geldes noch nicht geklärt, da war also auch noch nicht geklärt, was man aufnehmen müsste in einem Bericht – also Sie haben sich gewunden wie ein Aal und trotzdem sind Sie uns nicht argumentativ entgegengekommen, wo wir Sie aufgefordert haben, da nehmen wir doch einen anderen Termin, wo ein Bericht vorgelegt werden kann. Sie haben schlicht und einfach nicht gewollt, dass genau



die Fraktion DIE LINKE diese Einforderung eines Berichts sehr, sehr zeitnah zur Abstimmung stellt. Sie haben durch Ablehnung dieses Antrags auch in dem Punkt meiner Meinung nach Ihr Desinteresse bekundet.“ ■